



Vor 90 Jahren wurde Ernesto Che Guevara geboren. Der argentinisch-kubanische Revolutionär ließ keinen Zweifel an seiner grundsätzlichen Solidarität mit der Sowjetunion. Er sparte aber auch nicht mit Kritik. Von André Scheer

# Rüsten für den Drohnenkrieg

Bundeswehr bekommt erstmals Kampfdrohnen. Bundestagsausschüsse machen Weg frei für automatisierte Kriegführung.

Von Jan Greve

Unbemanntes Mordobjekt:  
Bald verfügt die Bundeswehr über Kampfdrohnen

GIL COHEN MAGEN/REUTERS

Die CDU-Verteidigungsministerin jubelt, die SPD knickt ein, die Rüstungsindustrie macht ein weiteres Milliardengeschäft: Die Bundeswehr wird mit Kampfdrohnen ausgerüstet. Am Mittwoch tagten sowohl Verteidigungs- als auch Haushaltsausschuss, die Entscheidung für das Anmieten der israelischen Drohne des Typs »Heron TP« galt wegen der Mehrheiten der Regierungskoalition bis jW-Redaktionsschluss als sicher. Damit wird die deutsche Luftwaffe erstmals über unbemannte bewaffnungsfähige Flugzeuge verfügen.

Vor zwei Wochen war die Vorlage des Verteidigungsministeriums bekannt geworden, die Ressortchefin Ursula von der Leyen (CDU) dem Haushaltsausschuss vorgelegt hatte. Darin geht es um die Bewilligung eines neunjährigen Airbus-Leasingvertrags für fünf der »Heron TP«-Drohnen. Eine knappe Milliarde Euro soll das kosten – wobei die Kosten für die mögliche Bewaffnung in der Rechnung noch nicht enthalten sind.

Während drinnen die Ausschüsse tagten, demonstrierte eine Handvoll Kriegsgegner am Mittwoch mittag vor dem Deutschen Bundestag. Mit der Entscheidung sei der Weg für den Einsatz von Kampfdrohnen frei, sagte Tobias Pflüger, verteidigungspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion von Die Linke, der die Kundgebung besuchte. Das einzige, was in der aktuellen Beschaffungsvorlage bislang fehle, sei die Munition. Welchen Weg die Bundesregierung bestreite, sei aber »völlig klar«. Andrej Hunko pflichtete seinem Kollegen aus dem Parteivorstand bei und sagte, es sei ein »historischer Tag«. Der Beschluss werde künftige Eintrittsschwellen in Kriege senken sowie die Entgrenzung und Automatisierung der Kriegführung beschleunigen. »Kampf-

drohnen haben nichts mit Verteidigung zu tun«, unterstrich Hunko. Er erinnerte zudem daran, dass die »Heron TP«-Drohnen lediglich als Übergangslösung zu verstehen seien. Aktuell laufen die Planungen für die bewaffnete »Eurodrohne«, die ab 2025 von der Bundeswehr eingesetzt werden könnte, auf Hochtouren.

In einer kurzen Erklärung sprach auch Karl-Heinz Brunner, SPD-Abgeordneter und Mitglied im Verteidigungsausschuss, zu den Friedensaktivisten. Die bisherige Erfahrung mit den Einsätzen von Kampfdrohnen zeige zwar, dass diese entweder völkerrechtswidrig oder mindestens an der Schwelle dazu stehen. Drohnen könnten aber auch für Sicherheit und Schutz der Zivilbevölkerung eingesetzt werden, so seine Rechtfertigung für die sozialdemokratische Zustimmung. Die meisten der Anwesenden verfielen bei Brunners Worten in eine Mischung aus grummelnden Unmutsbekundungen und gehässigem Spott.

Vor erst einem Jahr hatte die SPD-Fraktion einen ähnlichen Vertrag

noch mit der Begründung abgelehnt, dieser beinhalte eine »gesonderte Herstellung der Bewaffnungsfähigkeit«. Nur zwölf Monate – und eine Bundestagswahl – später hat sich die Meinung der Sozialdemokraten geändert. Der Rüstungsdeal war bereits im Koalitionsvertrag von Union und SPD verabredet worden. Der vermeintliche »Clou«: Die Flugkörper werden unbewaffnet geleast, die Entscheidung über eine mögliche Bewaffnung wird in die Zukunft verschoben. Offiziell sollen die Drohnen ausschließlich für Aufklärungszwecke eingesetzt werden. Pflüger und Hunko sprachen von einer erneuten »opportunistischen Kehrtwende« der SPD.

Gegen die Aufrüstungspläne der Bundesregierung gibt es breiten Widerstand. 150 Organisationen haben sich zur »Drohnen-Kampagne« zusammengeschlossen. Zudem läuft seit Monaten der Aufruf »Abrüsten statt aufrüsten«, den bislang mehr als 50.000 Menschen unterzeichnet haben.

■ drohnen-kampagne.de  
■ abruesten.jetzt

## Allianz für Abschottung

Österreichs Kanzler propagiert in Berlin »Achse der Willigen« gegen offene Grenzen

Horst Seehofers »Masterplan« für mehr Abschiebungen und Zurückweisungen von Geflüchteten ist weiter in der Debatte. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ist nicht begeistert von den Ideen des CSU-Innenministers. Dagegen zeigte sich der österreichische Kanzler Sebastian Kurz bei einem Besuch in Berlin durchaus angetan. Er sagte am Mittwoch nach einem Treffen mit Seehofer in der deutschen Hauptstadt, er wolle während seiner am 1. Juli beginnenden EU-Ratspräsidentschaft eine »Achse der Willigen« für den Kampf

gegen illegale Migration nach Europa schmieden.

Seehofer berichtete derweil von seinem Telefonat mit seinem italienischen Amtskollegen Matteo Salvini von der rechtspopulistischen Lega am Dienstag. Dessen Wunsch sei, dass »Rom, Wien und Berlin auf der Ebene der Innenminister bei der Frage der Sicherheit, bei der Bekämpfung des Terrorismus, aber auch bei den Kernfragen der Zuwanderung zusammenarbeiten sollten«.

Kanzlerin Merkel, die am Dienstag mit Kurz zusammengetroffen war,

reagierte äußerst zurückhaltend und sprach sich für eine »gesamteuropäische Lösung« aus, die die Interessen von Italien, Griechenland und Spanien berücksichtige, wo die meisten Geflüchteten ankommen. Es gehe um Europa und die Freizügigkeit im Schengen-Raum. Ähnlich äußerte sich Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) am Mittwoch im ARD-»Morgenmagazin«. Seehofer plant dagegen unter anderem, Geflüchtete ohne Papiere und bereits abgeschobene Asylbewerber beim Wiedereinreiseversuch an der deutschen Grenze abzuweisen.

Unterdessen wird die Zurückweisung an der bayerisch-österreichischen Grenze bereits in großem Stil praktiziert. Dies betrifft rund die Hälfte der Migranten, die dort einreisen wollen. Bis Mai dieses Jahres habe die Bundespolizei dort rund 4.600 Menschen kontrolliert, die keine Berechtigung zur Einreise gehabt hätten, sagte am Mittwoch der Sprecher der Bundespolizeidirektion München, Matthias Knott. Davon seien fast 2.450 Personen zurückgewiesen worden. Die meisten von ihnen kamen aus Nigeria, Afghanistan, Serbien, Albanien und dem Irak. (dpa/jw)

## EU-Kommission will Milliarden Euro für Rüstung

Brüssel. Die EU-Kommission veranschlagt im nächsten langfristigen Haushalt der Union Milliardenausgaben für die »Verteidigung«. Der »Europäische Verteidigungsfonds« (EDF) soll für die Zeit von 2021 bis 2027 mit 13 Milliarden Euro ausgestattet werden, teilte die Brüsseler Behörde am Mittwoch mit. Das im vorigen Jahr gestartete Programm dient dazu, die Entwicklung von Waffensystemen zwischen den Mitgliedstaaten zu koordinieren. Außerdem will die EU-Kommission die Mittel für Militäreinsätze und die Ausrüstung von Partnerstreitkräften im kommenden Jahrzehnt verdreifachen. Die Behörde schlug eine neue »Europäische Friedensfazilität« mit einem Budget von 10,5 Milliarden Euro vor. Sie soll außerhalb des regulären EU-Haushaltes angesiedelt werden. Denn dessen Regeln verbieten Käufe von Waffen. (AFP/Reuters/jw)

## Verfassungsrichter schränken Befristung ein



Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht hat am Mittwoch entschieden, dass Beschäftigte beim selben Unternehmen nicht mehrmals Arbeitsverträge erhalten dürfen, die ohne sachlichen Grund befristet sind. Damit kippte der Erste Senat in Karlsruhe eine Rechtsprechung der Arbeitsrichter, wonach ein neuer Fristvertrag zulässig ist, wenn die letzte Beschäftigung bei dem Unternehmen drei Jahre zurückliegt. Arbeitsverträge dürfen gegenwärtig laut Gesetz sachgrundlos höchstens auf zwei Jahre befristet werden. Auch die Bundesregierung hat angekündigt, befristete Jobs eindämmen zu wollen. Ohne Angabe von Sachgründen sollen Jobs demnach nur noch auf eine Dauer von 18 statt 24 Monaten begrenzt werden können. In diesem Zeitraum wäre auch nur noch ein- statt dreimal eine Verlängerung möglich. Ein entsprechender Gesetzentwurf steht aber noch aus. (Reuters/jw)

### Geknechtet

Über den Konflikt in der Ukraine und die Rolle des Westens. Gespräch mit Exaußenminister Leonid Koschara

2

### Gedealt

Mazedonien: Einigung im Namensstreit – freie Bahn für NATO und EU. Kommentar auf Seite 8

7

### Gelöscht

Wie in Hamburg die »7. Triennale der Photographie« mit Zensur umgeht. Von Otto Köhler

11

jw wird herausgegeben von 2.101 Genossinnen und Genossen (Stand 27.4.2018)  
www.jungewelt.de/lpg



4 198625 901607